



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

β: Die Handelspolitik im Jahre 1901 : (Schluß)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

erklärt, da wären nur drei möglich: Schönhausen, Kniephof, Reinfeld, alle andern wären ihm zu despektierlich. Da kommt die Frankfurter Vatanz. Das erste Wort von seiner Berufung fällt am 24. April 1851, zwei Tage später ist die Sache geordnet und sicher.

Damit schließt der politische Teil der Briefe, der Neues bringt. Von den spätern Auslassungen, die dieses Gebiet berühren, sind die wichtigsten die Berichte aus Petersburg über die Stimmung des dortigen Hofes während des italienischen Kriegs von 1859, namentlich das Urteil der Kaiserinwitwe über den Kaiser von Osterreich. Es bleibt wohl besser hier in Ruhe.



## Die Handelspolitik im Jahre 1901

(Schluß)



Im ersten Bande der von dem Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands bespricht, wie schon erwähnt worden ist, Professor Dr. Ernst Franke, der Herausgeber der Sozialen Praxis, die „zollpolitischen Einigungsbestrebungen in Mitteleuropa während des letzten Jahrzehnts.“ Er vermeidet es dabei, für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen bestimmte praktische Vorschläge zu machen, und giebt sich auch keinen Illusionen hin über die Wahrscheinlichkeit der Erreichung des Ziels in absehbarer Zeit. Immerhin verfolgt der Aufsatz den Zweck, in den handelspolitischen Debatten der nächsten Zeit die zollpolitische Vereinigung Mitteleuropas wieder zur öffentlichen Diskussion, vielleicht gar in den Vordergrund zu stellen, ausdrücklich im Gegensatz zu der im Oktober 1900 von einem doch wohl gut unterrichteten Vertreter des preussischen Handelsministeriums in einer Versammlung von Industriellen ausgesprochenen Ansicht, daß eine Initiative der Reichsregierung auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit wohl kaum ins Auge gefaßt werden würde, und es jedenfalls kaum ausführbar sei, die Vorbereitung der Handelsverträge mit dieser Frage zu verquicken.

Man wird eine historische Würdigung der im letzten Jahrzehnt in dieser Richtung kund gegebenen Wünsche für recht verdienstlich halten und auch der Meinung zustimmen müssen, daß unter Umständen einmal eine zollpolitische Defensivallianz Mitteleuropas gegen diesen oder jenen übermächtigen Störenfried nötig und dann auch möglich werden kann. Trotzdem wird man das Geltendmachen der Forderung namens der deutschen Wissenschaft zur Zeit und für die unmittelbar zur Lösung stehenden praktischen Aufgaben unsrer Handelspolitik für aussichtslos und deshalb für zwecklos halten, vielleicht sogar fürchten

können, daß dadurch die Verworrenheit der öffentlichen Meinung über das, was geschehn soll, noch gesteigert und der verantwortlichen Stelle die Schwierigkeiten, dem rechten Ziel auf dem rechten Wege zuzusteuern, noch erhöht werden. Daß der Verfasser das will, ist ganz ausgeschlossen. Daß aber die Verquickung der von ihm vertretenen Forderung mit der Vorbereitung der Handelsverträge thatsächlich diesen Erfolg haben wird, ist sehr wahrscheinlich, und die Gegner der Fortsetzung einer Handelsvertragspolitik im Sinne der friedlichen Ausdehnung unsrer Erwerbssphäre werden wohl bald dahinter kommen, daß Francke, wenn auch vielleicht unabsichtlich, ihnen einen Dienst geleistet hat.

Die wichtigste Erscheinung in der Geschichte der mitteleuropäischen Zollvereinigungsversuche im letzten Jahrzehnt ist natürlich auch nach Francke das „mitteleuropäische Handelsvertragssystem von 1892.“ Wer die von ihm mitgeteilten Auszüge aus den Reden im Reichstag bei der Beratung des grundlegenden Vertrags mit Osterreich-Ungarn im Winter 1891/92 liest, der muß zugeben, daß unter den Argumenten für den Vertrag der Gedanke der mitteleuropäischen Zollkoalition eine ganz hervorragende Rolle spielte, schon unter scharfer Betonung des defensiven Zwecks gegen die heute als die „Weltreiche“ bezeichneten Länder. Vor allem sagte der Reichskanzler Caprivi selbst in der Eröffnungsrede im Dezember 1891 folgendes: „Es ist in der letzten Zeit eine weltgeschichtliche Erscheinung zum Bewußtsein der Völker gekommen, die ich hoch anschlage: das ist die Bildung großer Reiche, das Bestreben, sich gegen einander abzuschließen. . . . Wir haben es mit großen Staaten zu thun, die über kurz oder lang zur Rücksichtslosigkeit gegen andre neigen werden. Der Schauplatz der Weltgeschichte hat sich erweitert: damit sind die Proportionen andre geworden, und ein Staat, der als europäische Großmacht eine Rolle in der Geschichte gespielt hat, kann, was seine materielle Kraft angeht, in absehbarer Zeit zu den Kleinstaaten gehören. Wollen nun die europäischen Staaten ihre Weltstellung aufrecht erhalten, so werden sie nach meinem Dafürhalten nicht umhin können, soweit sie wenigstens ihren sonstigen Anlagen nach dazu geeignet sind, eng aneinander sich anzuschließen. Es ist nicht unmöglich, daß die Zeit kommen wird, wo sie einsehen werden, daß sie klügeres zu thun haben werden, als sich gegenseitig das Blut auszusaugen, weil sie im wirtschaftlichen Kampfe um das Dasein genötigt sein werden, alle ihre Kräfte einzusetzen. . . . Man möge das für Zukunftsgedanken halten, so wird man soviel wenigstens zugeben, daß eine solche Entwicklung wahrscheinlich genug ist, um bei allen Schritten auf dem wirtschaftlichen Boden Berücksichtigung zu verdienen.“ In dieser Hinsicht böten die Verträge, die sich tief in die Bevölkerung einleben sollten, „eine gewisse Garantie für die Zukunft.“

Man sieht, um das gleich hier festzulegen: Caprivi ist eigentlich der Vater des Gedankens von den großen Reichen, die die Welt verschlingen, der heute als Reimport aus England bei uns die große Rolle spielt, obgleich Caprivi viel besser gesagt hatte, was Salisbury acht Jahre später dem britischen Parlament als abgründige Weisheit vorsetzte: daß die Starken immer stärker, die

Schwächern immer schwächer zu werden schienen. Caprivi ist damit auch der Vater des — von ihm freilich viel bescheidner und deshalb viel weniger anfechtbar ausgedrückten — Gedankens, den Schmoller zehn Jahre später in seiner Säkularbetrachtung als „ein ganz neues politisch-wirtschaftliches Staatensystem“ ex cathedra verkündete: „drei riesenhafte Eroberungsreiche, die mit ihrer Ländergier, ihrer See- und Landmacht, ihrem Handel, ihrem Export, ihrer expansiven Kraft alle andern kleinern Staaten herabzudrücken, ja sie zu vernichten, wirtschaftlich einzuschnüren, ihnen das Lebenslicht auszublauen drohen.“

Die Betonung des mitteleuropäischen Zusammenschlusses gegen die großen Friedenstörer hat vor zehn Jahren einen schönen parlamentarischen Erfolg gehabt. Aus allen Parteien ohne Ausnahme ertönten beifällige Erklärungen, die Stimmung für den österreichisch-ungarischen Vertrag und seine Anschlüsse war damit gemacht. Die Annahme erfolgte mit erdrückender Mehrheit. Und doch muß Franke als gewissenhafter Geschichtschreiber selbst zugeben: „Eine mitteleuropäische Handelsvereinigung stellen diese Verträge gewiß nicht dar. Und der Gang der spätern Ereignisse hat wohl auch Werner Sombart Recht gegeben, der kurz nach dem Abschlusse der Vereinbarungen die Ansicht bekämpfte, daß diese Handelsverträge auch nur einen Schritt auf der Bahn zu einer solchen Union wären, deren Verwirklichung er auch im Laufe der nächsten paar Jahrhunderte(!) für ausgeschlossen erachtete.“ Unsr Herr Nationalökonom ist nun einmal im Prophezeien ganze Kerle! Aber nichtsdestoweniger: in den vom gesunden Menschenverstand gebotnen bescheiden Grenzen hat vorläufig Sombart Recht behalten. Warum? Warum konnte sich das „mitteleuropäische Vertragssystem von 1892“ nicht zur zollpolitischen Defensivallianz gegen die „Weltreiche“ auswachsen? Man könnte einfach mit dem Wort des Kaisers antworten: „Unsr Zukunft liegt auf dem Wasser!“ Das schon ist ein lapidarer Protest gegen die Fesselung der deutschen Handelspolitik an die Landnachbarn, vollends mit Ausschluß des „Weltreichs“ Rußland. Die ganze Seeinteressenlitteratur der ersten und der zweiten Flottenkampagne wäre leeres Stroh gewesen, hätte der Wahrheit ins Gesicht geschlagen, wenn die Rücksicht auf die friedliche, oder wir wollen lieber sagen: die natürliche Expansion unsrer Erwerbssphäre dem Reich nicht verböte, vorläufig den mitteleuropäischen Nachbarn zu liebe auch nur auf ein Tüpfelchen seiner Aktions- und Vertragsfreiheit gegenüber den „Weltreichen“ zu verzichten.

Die Geschichte lehrt, daß Caprivi den parlamentarischen Erfolg, den er im Dezember 1891 mit der Betonung der mitteleuropäischen Solidarität erzielte, sofort desavouieren mußte, nachdem das „mitteleuropäische Vertragssystem“ unter Dach war. Es ist thatsächlich nur eine Etappe auf dem Wege zum Handelsvertrag mit Rußland geworden. Franke sagt selbst: „Die Verflechtung der deutschen Nationalwirtschaft in die Weltwirtschaft wurde immer enger und vielfältiger, und neben die Pflege der mitteleuropäischen Handelsbeziehungen trat immer schärfer der Wettbewerb auf dem Weltmarkte, immer

stärker der Bezug von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie von gewerblichen Rohstoffen aus den großen Weltreichen und ihren Kolonien und Dependenzen. . . . Durch die Handelsverträge zwischen Rußland und Deutschland, sowie zwischen Rußland und Österreich-Ungarn wurde der mitteleuropäische Bund absichtlich erweitert, zugleich aber seiner ursprünglichen Bedeutung beraubt."

Das kann als ein Fehler, als ein Unglück für Deutschland dargestellt werden, und es ist auch bekanntlich so dargestellt worden. Franke thut das nicht. Er erkennt an, daß der Erfolg des Vertrags mit Rußland den deutschen Interessen entsprochen habe. Er weist dabei ausdrücklich auf die vom „deutsch-russischen Verein“ im April 1900 gefaßte Resolution hin: „daß bei einer etwaigen Kündigung des Vertrags sofort Verhandlungen aufgenommen werden zur Herbeiführung eines neuen, langfristigen Vertrags.“ In den deutschen Regierungskreisen ist der russische Vertrag offen als die Krönung der 1891/92 begonnenen handelspolitischen Aktion gefeiert worden. Auch Dr. Alfred Zimmermann sagt von ihm: „Es war das in Anbetracht der frühern Schwierigkeiten mit Rußland unverkennbar ein glänzender Triumph der deutschen Regierung. Der Weg, den Bismarck 1879 eingeschlagen, hatte zum Ziele geführt. Zum erstenmale hatte Rußland mit seiner Tradition, sich im Zolle niemand gegenüber zu binden, gebrochen und das System der zivilisierten Länder angenommen.“ Wie der Kaiser persönlich darüber dachte, ist bekannt; bekannt aber auch, wie um so ungestümmer die Agrarier von einer „Schmach für Deutschland“ redeten, weil das Reich „aus Furcht vor Rußland“ Deutschlands Wohlfahrt preisgegeben habe. „Wir werden, so rief man damals, das handelsvertragsfreundliche System bekämpfen, ganz gleich, wie hoch die Stelle ist, die dafür eintritt!“ Der Kampf ist jetzt mit frischen Kräften aufgenommen worden. Hier mag nur kurz darauf verwiesen werden, daß im schroffen Gegensatz zu Conrad, der in den „Beiträgen“ des Vereins für Sozialpolitik dringend zur Pflege der Handelsbeziehungen gerade mit Rußland rät und darin mit der Masse der beteiligten Industriellen und Kaufleute und auch der Mehrheit unsrer Nationalökonomien in Übereinstimmung steht, in denselben „Beiträgen“ ein Dr. Carl Ballod in der bekannten Manier der Berliner reaktionären jung-historischen Schule diese Handelsbeziehung als eigentlich für uns wie für Rußland wertlos hinstellt, um nur ja auch bei dieser Gelegenheit, freilich mit mancherlei Hinterthüren, den autarkischen Idealen bei uns wie im Ausland das Wort zu reden.

Unser Handel mit Rußland einerseits und Österreich-Ungarn andererseits hat sich in neuerer Zeit wie folgt entwickelt. Es betrug die deutsche Einfuhr (in Millionen Mark) aus

|                      | 1899  | 1898  | 1897  | 1896  | 1895  |
|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Rußland . . . . .    | 719,9 | 736,6 | 708,3 | 634,7 | 568,2 |
| Österreich-Ungarn    | 730,4 | 661,2 | 600,3 | 578,0 | 525,4 |
| und die Ausfuhr nach |       |       |       |       |       |
| Rußland . . . . .    | 437,3 | 440,5 | 372,0 | 364,1 | 220,9 |
| Österreich-Ungarn    | 466,0 | 453,7 | 435,1 | 477,3 | 435,8 |

Daß sich die Ausfuhr nach Rußland im Vergleich mit der nach Österreich-Ungarn günstiger entwickelt hat, ist unbestreitbar. Die altbegründeten Handelsbeziehungen mit dem Donaureich sind trotz der Gunst der Jahre in der Ausfuhr nicht vorwärts gekommen, wenn Österreich-Ungarn auch mit dem steigenden Konsum Deutschlands an seinen Ausfuhrwaren recht zufrieden sein kann. Diesen Thatsachen kann man Prophezeiungen gegenüberstellen, optimistische und pessimistische. Daß die russische Industrie mit der Zeit erstartet, ist sicher; aber ebenso, daß die österreichisch-ungarische schon weiter voran ist auf dem Wege, dem einheimischen Markt zu genügen. Dabei sind die innerpolitischen Zustände an der Donau wenig verlockend. Alles ist unsicher. Wir können da nur abwarten, Friede halten, so gut wie möglich; sie uns kommen lassen, was ihr eignes Interesse ihnen ersichtlich rät. In Rußland liegt die nahe Zukunft ziemlich klar da, die Ferne doch eigentlich noch ganz im Dunkel. Vorläufig können wir, wenn dem Hochschutzzoll durch einen Zollkrieg nicht zu Hilfe gekommen wird, noch auf ein gutes, wenn auch mühsames Geschäft rechnen. Die persönliche Kenntnis der Sprache, von Land und Leuten kommt unsern fleißigen Exporteuren vor der ganzen Konkurrenz noch sehr zu gute und verspricht auch für die Zukunft bei gehöriger Pflege Vorteil. Daß die agrarischen, auf den Export und in gewissem Grade auf den Freihandel gerichteten Interessen in Rußland über kurz oder lang wieder einmal mehr zur Geltung gelangen müssen, ist wohl sicher. Jedenfalls sollen wir Deutschen uns hüten, die russischen Autarkisten in ihren Ansichten und Plänen zu bestärken und das uns benachbarte, noch tief in den wirtschaftlichen Kinderschuhen steckende, unerschlossene, riesige, größte „Weltreich“ als *quantité négligeable* für unser Expansionsbedürfnis Mitteleuropa zu liebe preiszugeben. Gerade das Gegenteil ist nötig. Noch ist es Zeit, noch haben wir den Vorsprung nach mancher Richtung. Zäh, Schritt für Schritt, müssen unsre Kaufleute das Terrain erobern, überall festen Fuß fassen. Mit reichen Mitteln sollte der Staat die Bestrebungen, die darauf abzielen, fördern. Viel, sehr viel zu wenig geschieht für diese Zwecke.

Stellt sich der Abschluß des deutschen Handelsvertrags mit Rußland als eine sich aus weltwirtschaftlichen Bedürfnissen des Deutschen Reichs notwendig ergebende Negation der mitteleuropäischen Zollvereinigungsbestrebungen von 1891/92 dar, so tritt nach Francés eigener Schilderung diese Notwendigkeit noch mehr in der Entwicklung unsrer Handelsbeziehungen zu Großbritannien — dem denkbar schroffsten Gegenteil vom russischen Weltreich — hervor. Der Verfasser mag hier zunächst selbst sprechen:

Seit 1865, sagt er, habe zwischen beiden Ländern ein Handelsvertrag mit Meistbegünstigung bestanden. Zu Anfang der 1890er Jahre habe Deutschland schon aus dem englischen Weltreich Rohstoffe, Halbfabrikate und fertige Waren im Werte von rund 810 Millionen bezogen und dorthin Erzeugnisse seines Bodens und seines Gewerbefleißes in Höhe von 740 Millionen ausgeführt. Nach dem Mutterlande allein seien davon 660 Millionen, nach Ost-

indien 31, nach Australien 23, nach Britisch-Nordamerika 16 Millionen gegangen. Dagegen habe Großbritannien nach Deutschland Produkte im Werte von 595 Millionen, Ostindien aber 133, Australien 52 Millionen geliefert. „Die Jahre 1892 bis 1894 standen bekanntlich unter dem Zeichen einer schweren geschäftlichen Depression. Als der wirtschaftliche Aufschwung einsetzte, nahm der Güteraustausch zwischen Deutschland und den britischen Ländern daran seinen vollgemessenen Anteil. Beide Reiche weisen im Geben und Nehmen von da ab eine stetig steigende Linie auf, die im Jahre 1899 bei der Einfuhr Deutschlands aus Großbritannien und den Kolonien die gewaltige Ziffer von rund 1200 Millionen, bei der Ausfuhr aus Deutschland rund 1 Milliarde erreicht hat.“ Also nahezu ein Viertel des gesamten Außenhandels Deutschlands machte der Warenaustausch zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien nebst Kolonien aus. Man brauche diese Zahlen nur zu nennen, und man würde ihre Bedeutung ermessen. Abgesehen von den englischen Kolonien sei Deutschland der beste Kunde Großbritanniens. Aber nicht minder — fügen wir hinzu — ist Großbritannien auch der beste Kunde Deutschlands. Es betrug aus und nach Großbritannien ohne seine Kolonien (in Millionen Mark):

| Deutschlands | 1899  | 1898  | 1897  | 1896  | 1895  |
|--------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Einfuhr . .  | 777,1 | 825,7 | 661,5 | 647,4 | 587,4 |
| Ausfuhr . .  | 851,6 | 803,8 | 701,7 | 715,1 | 678,1 |

dagegen aus und nach den britischen Kolonien:

|             |       |       |       |       |       |
|-------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Einfuhr . . | 425,7 | 363,6 | 340,8 | 305,6 | 301,4 |
| Ausfuhr . . | 146,1 | 137,0 | 105,9 | 110,6 | 87,9  |

Und diese entschieden günstige Entwicklung hat sich vollzogen in einer Periode fortgesetzter Emanzipation unsers Seehandels und unsrer Schifffahrt von Großbritannien, in einer Periode neidischer Mörgeleien, Hezereien und chikanöser Versuche, unserm Handel zu schaden. „Ernstlich bedroht oder wirklich gefährdet haben diese Versuche die deutsche Einfuhr nach England und seinen Kolonien nicht,“ bemerkt Francke ausdrücklich. Aber — fügt er hinzu — ihre „symptomatische Bedeutung“ sei doch nicht zu verkennen, und sie sei um so größer, als sie die Antwort sei auf die Zollherabsetzungen und Zollbindungen in den deutschen Handelsverträgen, die England kraft der Meistbegünstigung ohne Gegengabe zufielen. Auf was nicht die Herren kommen, wenn sie durchaus schwarz sehen wollen! Das freihändlerische England konnte natürlich keine Gegengabe leisten, wie man sie von den Vereinigten Staaten verlangen konnte, hätte verlangen sollen und in Zukunft wird verlangen müssen. Dieser Vorwurf gegen die Meistbegünstigung ist England gegenüber am wenigsten am Platze. Der Neid und die Chikane waren einfach die Antwort auf den „rapiden“ Fortschritt unsrer „Seehandelsinteressen,“ die in den Flottendenkschriften laut genug gepriesen sind und unsre nationalökonomischen Prophetenschüler bis vor Jahresfrist veranlaßten, alles Ernstes davon zu reden und zu

schreiben, Deutschland sei prädestiniert und schicke sich schon an, die Erbschaft Großbritanniens als erste Seehandelsmacht anzutreten. Die einzige Tatsache, die verzeichnet werden kann, wenn man nach Beweisen des Übergangs Englands zur Absperrungspolitik sucht, ist und bleibt die Kündigung des Handelsvertrags mit Deutschland und Belgien. Sie war die Konsequenz interner Auseinandersetzungen im britischen Weltreich, eine notgedrungene Konzession an die Kolonien, vorläufig namentlich an Kanada. Und was ist ihr Effekt für uns bisher gewesen? Mit Großbritannien und zugleich für die große Mehrzahl seiner Kolonien ist der Vertrag auf unbestimmte Zeit verlängert, nach Kanada aber hat unsere Ausfuhr zugenommen, die Einfuhr von da ist unverändert geblieben. Eine „wenig freundliche Strömung“ gegen uns ist schließlich alles, was Franke als gewissenhafter Geschichtschreiber in England festzustellen vermag. Was sollen da die Engländer über die „Strömung“ bei uns sagen, die alles aufbietet, das Volk zum Bruch mit unserm besten Kunden zu heizen, sogar wenn sie es dabei zugleich gegen den Kaiser aufheizen müßte. Die Wissenschaft im Verein für Sozialpolitik hätte wahrhaftig eher Grund, den Leichtsinm, mit dem die Agrarier, d. h. die Mehrheitsparteien, unsere handelspolitischen Beziehungen zum britischen Reich behandeln, mit dem schärfsten Nachdruck unausgesetzt zu bekämpfen, statt ihm durch die pessimistische Prophezeiung: „auch England treibt dem Ideal vom geschlossenen Handelsstaat zu!“ die fruchtbarste Förderung zu teil werden zu lassen. Franke berichtet — man weiß nicht recht, ob zustimmend oder bedauernd —, daß noch Ende Mai 1900 die Wichtigkeit guter Handelsbeziehungen mit Großbritannien vom Staatssekretär des Innern sehr nachdrücklich hervorgehoben worden sei, und daß die letzten handelspolitischen Aktionen des Reichs „denn auch die Verlängerung des Provisoriums mit Großbritannien »bis auf weiteres« und das Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 10. Juli 1900 waren, das der Reichsanzeiger als »Grundlage zu weiterer wirtschaftlicher Annäherung« bezeichnete.“ Aber die Vertreter der verbündeten Regierungen hätten sich wohl gehütet, Erinnerungen an die Zeiten von 1891/92, „wo die ökonomische Stärkung der politischen Alliierten und die mitteleuropäische Wirtschaftsgenossenschaft gepriesen worden war,“ wachzurufen. Wir glauben, daß Rußland und Großbritannien gegenüber die Regierungsvertreter nicht die geringste Veranlassung zu diesem Beckruf haben, und daß auch die deutsche nationalökonomische Wissenschaft im Verein für Sozialpolitik ihn besser unterlassen hätte.

Für die Zukunft, zumal für die spätere Zukunft der Expansion unserer Erwerbssphäre kommen — von den deutschen Kolonien zunächst abgesehen — wesentlich in Betracht Gebiete nicht nur außerhalb Europas, sondern außerhalb des politischen Besitzes europäischer Kulturstaaten: die Levante, Ostasien, Südamerika.

Ohne die Bedeutung eines Zusammengehens mit Österreich-Ungarn und Italien im Osten des Mittelmeers zu unterschätzen, ist für uns doch auch dort der Einfluß Rußlands und Großbritanniens und die handelspolitische Ver-

ständigung mit ihnen vorläufig wichtiger als die Zollvertragsysteme Mitteleuropas. Möchte die Zukunft für den Dreibund und in ihm für Deutschland die Lage günstiger gestalten, die Häfen der Adria wieder zu dem machen, was sie gewesen sind und sein könnten im Handel zwischen Europa und dem Orient.

Und besonders ist das handelspolitische Einvernehmen mit Großbritannien und Rußland in Ostasien für uns wichtig. Bis jetzt haben die russischen Eroberungen unsern Handel noch so gut wie nicht berührt, ihm jedenfalls nicht geschadet. Was die chinesischen „Wirren“ bringen werden, liegt noch im Dunkel. Aber das ist klar, daß bei allen Abenteuern, die wir im fernen Osten noch zu bestehen haben werden, eine Verständigung mit Großbritannien für absehbare Zeit von der allergrößten Bedeutung für uns sein wird. Trotz allem Meid, trotz aller „wenig freundlichen Strömungen“ werden die Engländer im Kampf für die offene Thür der noch zu erschließenden Absatzgebiete noch lange unsere zuverlässigsten, vielleicht unsere einzigen Bundesgenossen sein — im eignen Interesse, wie sich von selbst versteht.

Und nun das Verhältnis zu Amerika. Die Vereinigten Staaten fangen an, der Hauptstörenfried der Welt, der Hauptfeind der europäischen Industrie- und Handelsstaaten und damit vor allem auch Deutschlands zu werden. Die „amerikanische Gefahr“ wird nachgerade zum Zeichen, „in“ dem sich unsere neue Handelspolitik gestaltet, sie ist das Hauptgespenst, mit dem unsere national-ökonomischen Magier und Propheten im Dienst ihres Ideals vom geschlossenen Handelsstaat arbeiten. Aber das Gespenst hat immerhin einen ganz handgreiflichen, wirklich gefährlichen Kern. Man wird es nicht beschwören, indem man ihn einfach bestreitet, wie die freihändlerischen Doktrinäre das thun. Damit steigern sie nur die suggestive Wirkung, die die Magier wollen. Erstens stehen den Vereinigten Staaten unstreitig in besonderm Maße natürliche Hilfsmittel und Vorteile zu Gebote, die sie — von aller Handels-, Zoll- und Expansionspolitik abgesehen — zu gefährlichen Konkurrenten machen. Erinnert sei hier nur an den noch immer vorwiegend auf Urproduktion, auch der landwirtschaftlichen, beruhenden gewaltigen und rasch anschwellenden Reichtum an Kapital, das Beschäftigung sucht und zu den weitausehenden, kühnen Versuchen und Unternehmungen zur Verfügung steht. Die schnelle Entwicklung der Industrie ist schon deshalb nicht zu verwundern. Sie macht natürlich große Fortschritte auf dem heimischen Markt, versucht schon den Export nach den europäischen Industrieländern zu forcieren und macht ihnen in zunehmendem Maße auf den exotischen Märkten Konkurrenz. In einem solchen neuen Konkurrenten wird jeder Geschäftsmann eine Gefahr sehen, aber nur ein Dummkopf oder Schwächling wirft deshalb sofort die Büchse ins Korn und zieht sich auf die Hungerrente im Altenteil oder Spital zurück. Vorläufig haben wir, hat Europa dazu noch nicht den geringsten Grund, wie gerade die letzten Jahre beweisen. Trotz der „formidabeln“ natürlichen Hilfsquellen und der „Weltmeisterschaft“ in arbeitssparenden Maschinen, deren sich die Amerikaner rühmen, und trotz aller zoll-

politischen Chikanen hat sich unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten erhalten. Sie betrug (in Millionen Mark):

| 1899  | 1898  | 1897  | 1896  | 1895  |
|-------|-------|-------|-------|-------|
| 377,6 | 334,6 | 397,5 | 383,7 | 368,7 |

Freilich die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten hat sich weniger schön entwickelt:

| 1899  | 1898  | 1897  | 1896  | 1895  |
|-------|-------|-------|-------|-------|
| 907,2 | 877,2 | 658,0 | 584,4 | 571,7 |

An dieser Zunahme haben die Fabrikate ihren Anteil gehabt, aber von einer Schädigung der deutschen Industrie auf dem deutschen Markt durch sie kann niemand, der bei gesundem Verstand ist, reden. Freilich mögen einzelne Fabrikanten, vielleicht auch einige Fabrikationszweige dem Reichsamt des Innern schon in den Ohren liegen mit beweglicher Bitte um Schutz der nationalen Arbeit. Aber man sollte es sich tausendmal überlegen, ehe man ihm nachgibt. Es steht fest, daß die Erfolge amerikanischer Fabrikate auf dem deutschen Markt zum großen Teil in einer bessern technischen Leistung der amerikanischen Fabrikanten begründet sind, zu der sich auch unsere Industrie aufschwingen kann und deshalb aufschwingen muß. Mag eine spätere Zukunft vielleicht einmal Notstandzölle auch gegen amerikanische Industrieprodukte rechtfertigen, jetzt ist dazu weder ein Grund noch Aussicht da. Die Gefahr der Stagnation und Rückständigkeit in wichtigen Zweigen unserer Industrie ist viel größer und ist viel näher als die amerikanische Gefahr für den deutschen Gewerbefleiß. Auch von einer ernsthaften Beeinträchtigung unserer Ausfuhr nach andern Ländern durch die Industrie der Vereinigten Staaten kann vorläufig nicht geredet werden, weder in Europa, noch in Ostasien, noch im übrigen Amerika selbst. Freilich werden wir auch hier der amerikanischen Energie und Mührigkeit gegenüber scharf kämpfen, sehr viel vom Gegner lernen müssen. Und vor allem gilt es, den Wert des freien Kapitals für die Expansion, die wir brauchen, mehr zum Verständnis zu bringen. Das mag uns noch so sehr gegen den Strich gehn. Ohne Geld, viel Geld, das was riskieren kann, keine Weltpolitik.

So können wir in der „amerikanischen Gefahr,“ soweit sie in der besondern Leistungsfähigkeit der Industrie der Vereinigten Staaten besteht, noch keine Veranlassung für das Reich finden, durch zollpolitische Maßnahmen den Güteraustausch zwischen Deutschland und der Union zu stören und zu unterbinden, auch nicht der mitteleuropäischen Zollallianz zuliebe. Unsere gewinnbringende Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist noch so groß, daß die Leiter der Handelspolitik guten Grund haben, ihren Verlust nicht deshalb auf die leichte Schulter zu nehmen, weil sie vielleicht in einer spätern Zukunft nicht mehr der Mühe wert sein könnte.

Näher liegt die „amerikanische Gefahr,“ soweit sie zweitens ins Gebiet der Handelspolitik fällt. Darin beruht auch wohl hauptsächlich das Berechtigte

des Marmrufs dagegen und die wiederbelebte Anziehungskraft der Idee der mitteldeutschen Zollallianz. Die Kräftigung, die der extremen Absperrungspolitik durch die Wiederwahl Mac Kinleys zu teil geworden ist, zwingt uns, jedenfalls an kräftige Retorsionsmittel zu denken, und ganz von selbst drängt sich der Gedanke an gemeinsame Rüstungen und Operationen des ganzen industriellen Europas auf. Aber nicht Mitteleuropas allein. Gerade den Vereinigten Staaten gegenüber wäre der zollpolitische Machtzuwachs, den das Deutsche Reich durch die Allianz mit Osterreich-Ungarn und Italien, sogar mit Anschluß der Schweiz, Belgiens, Hollands erlangen würde, klein, vollends ganz klein im Vergleich mit den Vorteilen des Einvernehmens mit England und Frankreich. Es will uns scheinen, daß, was Mitteleuropa im Zollkampf kann, auch Deutschland allein kann. Es ist nach Großbritannien bei weitem der beste Kunde der Union in der ganzen Welt, und die Aktionsfreiheit ist auch im Zollkampf viel wert. Wir denken dabei freilich an einen Zollkrieg, der in Jahr und Tag oder doch in zwei, drei Jahren zum Frieden führen soll, nicht an eine dauernde Aussperrung der Vereinigten Staaten vom deutschen Markt, wie sie die Agrarier wünschen. Für den Zollkrieg und die Rüstung zu ihm kommt in der praktischen Politik des Reichs jetzt und in den nächsten Jahren die mitteleuropäische Allianz überhaupt nicht in Betracht. Die verbündeten Regierungen haben Recht, wenn sie damit allein fertig zu werden sich vornehmen. Sie werden im Notfall vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken dürfen, die ihnen reichlich zu Gebote stehn. Das bisherige, mehr als unklare Meistbegünstigungsverhältnis kann auch ohne offizielle Kündigung kein Hindernis sein, denn die Amerikaner erkennen es schon lange nicht als solches an. Wir müssen jedenfalls verlangen, daß die Vereinigten Staaten jede ihnen eingeräumte Herabsetzung des neuen Generaltarifs mit einer von uns als vollwertig anerkannten Gegenleistung vergelten. Aber mit Recht werden es die verbündeten Regierungen andererseits vorläufig für ihre Pflicht halten müssen, die Gewinnung einer „Grundlage zu weiterer wirtschaftlicher Annäherung“ nicht aus dem Auge zu verlieren. Sie dürfen mit der Verwirklichung des „Ideals vom geschlossenen Handelsstaat“ auch in der Union nicht als mit einer endgiltig feststehenden Thatsache rechnen, wie es unsre protektionistischen Doktriniäre in blinder Verliebtheit in ihr eignes Ideal thun und es ihnen raten. Sie werden auch im schärfsten Zollkampf nie vergessen dürfen, daß das Einlenken der Vereinigten Staaten in liberalere handelspolitische Bahnen gerade für uns vom höchsten Wert wäre, und daß dafür in der Union selbst eine sehr starke, leistungsfähige, intelligente und deutschfreundliche Minderheit den Kampf voller Hoffnung auf endlichen Erfolg energisch zu führen entschlossen ist. Daß die deutschen Autarkisten die Niederlage der liberalen Handelspolitiker überall wünschen, schon um Recht zu behalten in ihrer pessimistischen Eitelkeit, wundert uns nicht. Aber wenn praktische Staatsmänner sie sich zu Ratgebern wählten, so machten sie Böcke zu Gärtnern, Blinde zu Wegweisern.

Ein ganz besonders bedrohliches Aussehen gewinnt natürlich drittens die

„amerikanische Gefahr“ durch den Imperialismus und Jingoismus. Wir unterschätzen diese Gefahr so wenig, daß wir in schwachen Stunden sogar von Herzen wünschen, die Bombe möchte recht bald platzen, und es möchte durch furchtbare Hiebe den großmäuligen Störenfrieden schleunigst die böse Lust für alle Zeiten ausgetrieben werden. Aber gut Ding will auch hier Weile haben. Betrunknen Leuten geht der Vernünftige zunächst aus dem Wege und hofft, daß sie nüchtern werden. Am wenigsten reizt er sie zu Wutausbrüchen. Er läßt sie schimpfen und renommieren, wenn sie ihm nur vom Halse bleiben. Wenn die Zeitungen neulich berichteten, daß jetzt, nach den glorreichen Siegen über Spanien, *Germany the next!* geflügeltes Wort in den Vereinigten Staaten sei, so konnte man darüber zunächst nur lachen, dann gegen den Bericht mißtrauisch werden und schließlich, wenn man ihm trauen wollte, einer Bewegung und Strömung, die solche Blüten treibt, nur ein kurzes Leben und wenig wirkliche Leistung voraussagen. Solche Tollheit macht die halb betrunkenen Genossen schnell nüchtern und giebt den nüchtern Gebliebnen erst recht schnell Oberwasser. Eine wirklich ernste Gefahr liegt aber leider darin, daß eine ganze Gruppe „moderner“ Geschichtsphilosophen, Völkerpsychologen, Nationalökonomien und dergl. sich dieser „Sensation“ angenommen und den Imperialismus und Jingoismus ins „System“ gebracht hat. Leider stellen wir Deutschen dazu ein beträchtliches und noch wachsendes Kontingent. Sie erklären die nationalegoistische Gewalthuberei für naturnotwendig, setzen sie überall voraus, verlangen sie überall und halten schließlich ein zweites Zeitalter der Völkerwanderung, diesmal vorwiegend per Dampf und Dampfer, für unausbleiblich und bald bevorstehend. So reden sie sich selbst in eine Kriegsstimmung hinein, die in der Studierstube nichts schadet, die aber, je größer die Zahl der Schüler solcher Propheten unter den gebildeten Männern des praktischen Lebens, zumal den Leuten von der Presse und der Verwaltung wird, zur Gemeingefahr anschwellen kann. Mit persönlicher Kriegslust und Kriegstüchtigkeit hat das nichts zu thun; je nervöser, um so besser. Die Länder ohne allgemeine Wehrpflicht sind natürlich der allerbeste Nährboden, und wenn in diesen Ländern ein skrupelloses Großkapitalistentum die Herrschaft hat und über Krieg und Frieden entscheidet, so kann diese psychische Seuche unter Umständen zu furchtbaren Kriegskatastrophen führen, zu denen den spanisch-amerikanischen Krieg zu rechnen uns übrigens nicht einfällt, wohl aber die Schmach in Südafrika. Natürlich paßt diese Ansicht unsern Systematikern des Imperialismus nicht in den Kram, und sie predigen neuerdings, daß es nicht nur dynastische, sondern auch kapitalistische Kriege überhaupt nicht mehr giebt, nur Volkskriege. Das habe die „Begeisterung“ der Londoner Arbeiter für den Krieg und namentlich beim Vorbeimarsch der Schlachtopfer für Transvaal und der zurückkehrenden „Helden“ für ewige Zeiten unwiderruflich bewiesen. So wahr die europäischen und nordamerikanischen Arbeitermassen Kulturmenschen und nicht Wilde sind, so wahr ist diese Theorie von der natürlichen Volkstümmlichkeit des Imperialismus ein hirnverbrannter Unsinn. Die Lehre von

der internationalen Friedensliebe und Friedensgarantie der Sozialdemokraten ist dagegen ein hehres Evangelium von lauterster Wahrhaftigkeit, dem jeder vernünftige Mensch den Sieg über den Imperialismus wünschen muß. Unsere Arbeiter sind nicht roh und nicht dumm genug zum Imperialismus.

Daß in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, wo die allgemeine Wehrpflicht fehlt und es keine stehenden Landheere giebt, wohl aber das Großkapital in Krieg und Frieden spekuliert, der Imperialismus einmal, vielleicht sogar in naher Zukunft zu einem Weltkriege den Anstoß geben kann, ist nicht absolut ausgeschlossen. Dort werden sich auch die Massen immerhin leichter einmal durch Hezereien und Treibereien aller Art für internationale Brutalitäten erwärmen lassen, so lange sie weit vom Schuß bleiben. Aber in Großbritannien sind die Erfahrungen in Transvaal denn doch auch für das Volk eine sehr ernste Lehre, die bei seinem im allgemeinen hohen politischen Bildungsstand nachhaltig wirken kann, vollends in den regierungsfähigen Kreisen. Gegen die imperialistische Kriegsgefahr internationale Abwehrmaßregeln zu verabreden, ist nicht Sache der Handelspolitik, sondern der Politik im engeren Sinne. Unsere zollpolitischen Aufgaben der nächsten Zeit haben damit nichts zu thun, und die mitteleuropäische Zollallianz tritt dabei ganz zurück, dagegen dem Haupt- und Weltstörenfried, den Vereinigten Staaten gegenüber eine Verständigung mit Großbritannien um so mehr in den Vordergrund.

Wer die Grenzboten liest, weiß, daß wir von aller Vorliebe für die britische Politik und ihre jetzigen Repräsentanten sehr weit entfernt sind. Aber wir verkennen nicht, daß durch die ganze heutige Weltlage, durch gemeinsame Interessen wie Gefahren Deutschlands und Großbritanniens sehr wohl für einige Zeit eine gewisse Kooperation mit den Briten angezeigt sein kann. Rußland und Frankreich geben uns keinen Rückhalt, und draußen in der Weltpolitik überm Wasser versagen auch die Dreibundsgenossen bedenklich. Was uns die Expansionspolitik wie die Absperrungspolitik der Vereinigten Staaten Böses zufügen kann, davon ist Großbritannien, im Mutterland und in seinen Kolonien, ganz ebenso sehr, ja noch mehr und direkter bedroht. Man ist sich in der britischen Schiffahrts-, Handels- und Industriewelt dieser Gefahren schon lange bewußt, trotz allen Zurschautragens der anglosächsischen Blutsbrüderschaft. Die Leiter unsrer Politik aber, das dürfen wir doch annehmen, sind von blindem Vertrauen zu Albions Treue ganz gewiß nicht beherrscht. Sie wissen mehr und sehen klarer als wir alle. Erschweren wir ihnen das sauer süße Vergnügen der britischen Freundschaft nicht unnötig. Sie thun und ertragen, was sie müssen.

Der handelspolitische Kampf zu Hause wird immer schärfer von Woche zu Woche. Die einzelnen Phasen drängen sich in den Vordergrund des Interesses und wollen einzeln gewürdigt sein. Auch die Grenzboten werden sich dem nicht entziehen können. Vorläufig brechen wir hier ab mit dem ganz allgemeinen aber sehr ernst gemeinten Wunsche, daß die verantwortlichen Staats-

männer ihre Entscheidungen treffen werden im Sinne des Gesamtwohls und deshalb hochstehend über den Parteien, den wirtschaftlichen Sonderinteressen und — Gott sei's geklagt, daß wir es sagen müssen — auch hoch über den Berlin beherrschenden Strömungen der modernen nationalökonomischen Wissenschaft.

β



## Die Verwirrung im deutschen Ruderkommando

Vom Navigationslehrer Jhnen



n einem der wichtigsten Dinge des Seeschiffahrtsbetriebs, im Ruderkommando, herrscht gegenwärtig eine starke Verwirrung. Statt eines einheitlichen Kommandos für das Steuern der Schiffe, wie wir es früher in unsrer Kriegs- und Handelsmarine in Übereinstimmung mit den Gebräuchen auf den Flotten anderer Nationen hatten, sind wir in den beiden letzten Jahrzehnten endlich dahin gelangt, drei ganz verschiedene und sich zum Teil direkt widersprechende Kommandos für Rudermanöver zu haben. Wo Einheit eine gebieterische Notwendigkeit wäre, um Sicherheit in dem Verkehr auf der hohen See zu erhalten, soweit sie auf den Meereswogen überhaupt erreichbar ist, ist eine Vielheit entstanden, die Tag für Tag Leben und Eigentum gefährdet. Und was fast das Schlimmste ist: nachgerade haben sich diese schlimmen Verhältnisse derart entwickelt, daß auch die Einsichtigen kaum noch glauben, es könnte in die heillos verfahrenen Zustände wieder Ordnung gebracht werden.

Wir haben erstens unsre alten Ruderkommandos: „Backbord!“ und „Steuerbord!“, die seit Jahrhunderten an Bord aller Schiffe in ausschließlichem Gebrauch sind. Man nennt sie jetzt das Handelskommando, weil es in der deutschen Handelsmarine nach wie vor weiter geführt und gebraucht wird. Zweitens haben wir das gerade entgegengesetzte Marinekommando, das lediglich auf deutschen Kriegsschiffen gilt. Es sind dieselben Worte „Backbord“ und „Steuerbord,“ aber was in der Handelsflotte Backbord bedeutet, heißt in der Kriegsflotte „Steuerbord“ und umgekehrt. Es ist in der That, wie der Altmeister der Steuermannskunst, der verstorbene Direktor der Navigationschule in Bremen, Dr. Arthur Breusing, einmal ausrief, rein die verkehrte Welt! Zu diesen beiden Kommandos, die die Köpfe unsrer Seeleute schon genug verwirren, gesellt sich als drittes im Bunde noch das Kommando unsrer beiden riesigen Dampfergesellschaften, der Gesellschaften, die alle Reedeereien der Welt durch die Zahl und Größe ihrer Schiffe aus dem Felde geschlagen haben, des Norddeutschen Lloyds und der Hamburg-Amerika-Linie. Diese Linien haben an Bord ihrer Schiffe, um, wie sie sagten, dem allgemeinen